



## Gedankensplitter März 2019

### Windige Beschlüsse

Kürzlich war im Handelsblatt nachzulesen, dass nach neusten Berechnungen die vier Übertragungsnetzbetreiber bis 2030 etwa 19 Milliarden Euro zusätzlich für den erforderlichen Netzausbau wegen der Stromerzeugung aus regenerativen Energien investieren müssen.

Von den Übertragungsnetzen wird der Strom an Verteilernetze weitergeleitet. Diese bringen den Strom bis an den Hausanschluss. Die Anforderungen an mehr als 900 Verteilernetzbetreiber in Deutschland steigt derzeit durch die Energiewende enorm. Die Verteilernetzbetreiber rechnen mit zweistelligen Milliardenbeträgen in den kommenden Jahren.

**Natürlich trifft das auch die Kalletaler Stromkunden.**

**Über die Auswirkungen der Windräder in Kalletal auf die Strompreise** haben wir auf [unverkehrt.de](http://unverkehrt.de) schon mehrfach berichtet ([Gedankensplitter Oktober 2018 \(1\)](#), [Gedankensplitter November 2018 \(1\)](#) usw.)

**Natürlich war auch das Stromnetz in Kalletal nicht in der Lage, die Strommengen der sechs Anlagen auf dem Rafelder Berg aufzunehmen.** Mehr als zwei Jahre haben die Investoren und Windbarone dieser Windräder (Private und der Landesverband Lippe) gem. Erneuerbare-Energiegesetz (EEG) für Strom kassiert, der weder eingespeist noch weitergeleitet werden konnte.

Bis Ende 2018 musste der Netzbetreiber (Stadtwerke Lippe-Weser GmbH & Co.KG) große Investitionen zur Netzverstärkung und Neuverlegung von Leitungen tätigen.

Bürgermeister und Kämmerer haben den Kalletaler Stromkunden die Kosten für den Anschluss von dezentralen Einspeisekapazitäten (insbesondere Windkraftanlagen) lange verschwiegen.

Die Auswirkungen für die Gemeinde sollten offensichtlich **nicht öffentlich** werden. Warum sonst hat der Rat am 06.12.2018 in **nichtöffentlicher** Sitzung in Dörentrup auf Empfehlung des BMs mit 26 ja und 2 Gegenstimmen folgenden Beschluss gefasst:

*Der Rat stimmt zu, dass der Zweckverband Lippe Weser zur Finanzierung der Investitionen der Stadtwerke Lippe-Weser GmbH & Co.KG ein Darlehen in Höhe von 5.100.000, - € aufnimmt. Der Betrag in Höhe von 5.100.000, - € wird der Stadtwerke Lippe-Weser GmbH & Co. KG als Kapitalzuweisung (Stärkung der Eigenkapitalquote) für Investitionen zur Verfügung gestellt. Darlehen des Zweckverbands werden anteilig von den vier beteiligten Kommunen verbürgt. Voraussetzung dafür ist eine Ausschüttung der Stadtwerke Lippe-Weser GmbH & Co. KG in Höhe des Kapitaldienstes, jedoch höchstens 3%. (siehe Niederschrift Rat 31.01.2019, zu Punkt1)*



**Diese Heimlichtuerei wollte aber selbst die Kommunalaufsicht des Kreises Lippe nicht dulden** und forderte zur Rechtmäßigkeit des Beschlusses eine Beschlussfassung in **öffentlicher** Ratssitzung. Wer nun erwartet hatte, dass die gleiche Vorlage mit demselben Beschlussvorschlag in der Tagesordnung der öffentlichen Ratssitzung am 31.01.2019 erscheint, rieb sich verwundert die Augen.

Die diesmal vom Kämmerer gefertigte Vorlage 1/2019 verweist bezüglich der SACHDARSTELLUNG doch tatsächlich nur auf die **nichtöffentliche** Vorlage. Ansonsten fehlt eine Sachdarstellung. Wie soll der interessierte Bürger die Zusammenhänge verstehen? Oder soll er das gar nicht?

Auch der Beschlussvorschlag sieht plötzlich anders aus. Hier heißt es jetzt:

*Zur Finanzierung der Investitionen der Stadtwerke Lippe-Weser GmbH & Co.KG wird durch den Zweckverband Lippe-Weser ein Darlehen in Höhe von 5.100.000, - € aufgenommen. Der Betrag in Höhe von 5.100.000, - € wird der Stadtwerke Lippe-Weser & Co. KG als Kapitalzuweisung für Investitionen zur Verfügung gestellt.* (siehe Niederschrift Rat 31.01.2019, zu Punkt 4)

Von Stärkung des Eigenkapitals, anteilige Verbürgung von vier Kommunen und Ausschüttungen ist plötzlich in der **öffentlichen Sitzung** nicht mehr die Rede. **Das Verwirrspiel ist perfekt, welcher Beschluss ist gültig? Der Beschluss vom 06.12.2018 wurde scheinbar nicht aufgehoben!!**

**Aus dem Rat kam dazu keine Nachfrage.** Ohne weitere Beratung stimmte der Rat mit 24 Ja und 3 Gegenstimmen zu.

**Wir sind gespannt, was die Kommunalaufsicht dazu sagt.**

Zumindest werden nun Stück für Stück die wahren Folge-Kosten der unseligen Ratsbeschlüsse zum Thema Windräder bekannt. Zahlen müssen am Ende immer die Stromverbraucher, weil die Kosten der Netznutzung über die Stromrechnung auf alle Stromkunden umgelegt werden. Die Netzentgelte sind kontinuierlich gestiegen und werden auch weiter steigen.

Viele von Windrädern betroffene Bürger hoffen, dass es nach dem Auslaufen der Förderung älterer Anlagen keine neuen Genehmigungen gibt, weil die Voraussetzungen fehlen. **In Kalletal kann darauf kein Bürger hoffen**, da der Rat mit seinen Beschlüssen zum Flächennutzungsplan alle Voraussetzungen für neue und größere Ersatz- Windräder geschaffen hat. (HB15032019)